# Noch diese Woche wird die nächste Eskalationsstufe erreicht

**Die Kanzlerin ist auf die Türkei angewiesen. Aber noch diese Woche kommt es in den Augen Ankaras zur nächsten Provokation. Und drei weitere Konflikte sorgen dafür, dass keine Ruhe aufkommen wird.**

Der Deal mit der Türkei ist das Zentrum von Angela Merkels Flüchtlingspolitik. Gute Beziehungen zur Türkei sind für Deutschland wichtiger denn je. Doch schon am Donnerstag dürfte die nächste Eskalationsstufe im zuletzt extrem strapazierten Verhältnis erreicht sein: Der Bundestag wird von Völkermord an den Armeniern sprechen – für die Türkei eine Provokation.

Aber es wird nicht der letzte Streit beider Länder sein – und nicht der letzte Anlass, an dem die Bundesregierung um das Abkommen mit Ankara bangt. Mehrere große Streitpunkte gibt es zwischen Berlin und Ankara. Die Eskalation im deutsch-türkischen Verhältnis sind jetzt schon abzusehen. Das sind die wichtigsten Konflikte:

## Armenien-Resolution

Dem Bundestag liegt ein gemeinsamer Antrag von Union, SPD und Grünen vor. Darin werden die Massaker an den Armeniern im Osmanischen Reich vor 100 Jahren als "Völkermord" verurteilt. Die Türkei lehnt diese Bezeichnung strikt ab und hat ihre Kritik an dem Vorhaben nochmals verschärft.

So beklagte der neue Ministerpräsident Binali Yildirim "haltlose und ungerechte politische Urteile" der Resolution. Zwischen 1915 und 1918 wurden im damaligen Osmanischen Reich bis zu 1,5 Millionen Armenier und Angehörige anderer christlicher Gruppen getötet. Die Türkei räumt bisher nur Massaker, Vertreibungen und beiderseitige Gewalttaten ein.

Das Thema ist schon seit Langem ein Streitpunkt, eine Entscheidung wurde bereits mehrfach aus diplomatischen Gründen aufgeschoben. Schon im vergangenen Jahr – als Bundespräsident Joachim Gauck und Bundestagspräsident Norbert Lammert von "Völkermord" sprachen – strapazierte das die Beziehungen beider Länder. Nun also soll das Parlament am Donnerstag erstmals offiziell diesen Begriff benutzen. Die Reaktionen aus Ankara dürften harsch ausfallen.

## Streit um die Visafreiheit

Der größte Knackpunkt bei der Umsetzung des Flüchtlingsabkommens ist die versprochene Visafreiheit für Türken, die in den Schengenraum einreisen wollen. Die Bundeskanzlerin hatte diesen Punkt zum Gegenstand des Deals mit Erdogan gemacht. Als Gegenleistung sichert die Türkei die Grenze zu Griechenland und nimmt alle illegal eingereisten Flüchtlinge von dort zurück. Bis zum 1. Oktober 2016 soll die Visaliberalisierung in Kraft treten, sonst will die Türkei das Abkommen platzen lassen.

Aber nicht die Bundesregierung entscheidet über die Visafreiheit, sondern das EU-Parlament. Und die Abgeordneten weigern sich, das Thema überhaupt zu beraten, solange die Türkei ihr Antiterrorgesetz nicht reformiert hat. Mithilfe dieses Gesetzes wurden in den vergangenen Jahren Dutzende regierungskritische Journalisten und Wissenschaftler verhaftet – unter dem Vorwand, terroristische Gruppen unterstützt oder Propaganda für diese betrieben zu haben.

Kristian Brakel, Leiter des Türkei-Büros der Heinrich-Böll-Stiftung, vermutet, dass es Änderungen im Antiterrorgesetz geben werde. Diese seien dann aber wohl "kosmetischer Natur, in der Türkei werden die Auswirkungen auf die Menschenrechtslage gering sein". Die Frage sei, ob im EU-Parlament eine Mehrheit für einen solchen Kompromiss möglich sei. Schon allein das Ringen um eine Einigung wird das deutsch-türkische Verhältnis belasten.

## Abkehr von der Demokratie

Erdogan will die Türkei zu einer Präsidialdemokratie umbauen – und de facto seine Macht auf Kosten des Parlaments ausweiten. Die Strategie: Die Immunität unliebsamer Abgeordneter wurde aufgehoben. Kommt es zu Haftstrafen gegen diese, verlören sie ihr Mandat, es könnte Neuwahlen geben. Erränge die Erdogan-Partei AKP dann die Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament, könnte sie die Verfassung ändern. Es wäre der nächste Schritt auf dem Weg zu einem allmächtigen Präsidenten Erdogan.

Jede dieser Etappen wäre neuer Konfliktstoff zwischen Ankara auf der einen und Brüssel und Berlin auf der anderen Seite. "Die EU würde das moralisch weiter in Bedrängnis bringen, weil es noch klarer als bisher aufzeigen würde, wohin die Reise in der Türkei geht, nämlich in Richtung einer gelenkten Demokratie", sagt Brakel.

Im Falle von Neuwahlen würde sich wohl auch der Konflikt mit der PKK verschlimmern. Wenn sich die Kurden im Parlament kein Gehör mehr verschaffen können, ist es möglich, dass sie für ihre Forderungen stärker zur Gewalt greifen. "Zusammenstöße in Ländern mit starker kurdischer und türkischer Bevölkerung könnten zunehmen. Das hätte dann auch Auswirkungen auf die innere Sicherheit in Deutschland, da dieser Konflikt auch auf unseren Straßen ausgetragen wird", erklärt der Experte.

## Böhmermann-Prozess

Vor zwei Monaten hatte ZDF-Moderator Jan Böhmermann sein Schmähgedicht auf Erdogan verlesen und harsche Reaktionen aus der Türkei provoziert. Die juristische Aufarbeitung der Affäre steht noch am Anfang. Solange die verschiedenen Verfahren ihren Weg durch die Instanzen nehmen, wird die Bundesregierung wohl ein ums andere Mal mit dem unangenehmen Thema konfrontiert sein.

Bislang gibt es nur ein Urteil des Landgerichts Hamburg, das Teile des Werkes untersagt. Ein kleiner Sieg für den Staatschef, den Böhmermann aber so nicht hinnehmen will, wie sein Anwalt verkündete. Er wolle zur Not bis vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Die zentrale Frage ist aber, ob Anklage erhoben wird wegen Beleidigung auf Grundlage des Paragrafen 185 des Strafgesetzbuchs und wegen Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes auf Basis von Paragraf 103. Wird eine solche Anklage erhoben, geriete Angela Merkel erneut unter Druck, weil sie die Ermächtigung zu den Anklagen gegeben hat. Wird keine Anklage erhoben, ist Erdogan düpiert.

Noch größerer Ärger droht im Fall einer Verurteilung. "Falls es aber zur Verhängung einer Haftstrafe kommt, dann würden wohl in Deutschland einige Punkte im Verhältnis zur Türkei wieder hinterfragt werden, der öffentliche Druck würde wachsen", sagt Brakel. Sicher ist: Abgeschlossen ist das Kapitel Böhmermann längst nicht. Es wird die deutsch-türkischen Beziehungen lange belasten – und damit voraussichtlich auch immer wieder als Druckmittel in der Flüchtlingsdebatte wiederkehren.